

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

26.11.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 28.10.2015

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 10.06.2015
- öffentlicher Teil -
0437/2015**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **"Gut leben in Deutschland - was uns wichtig ist"**
0396/2015
- 7 **Jahresbericht Kultur 2014**
0365/2015
- 8 **Jahresbericht des Stadtarchivs 2014**
0383/2015
- 9 **Kulturprojektförderung 2014**
0426/2015
- 10 **Theaterbericht 2014 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0422/2015
- 11 **Jahresbericht Schulmuseum**
0367/2015
- 12 **Jahresbericht 2013 und 2014 Bürgerzentrum Steinbreche**
0263/2015
- 13 **Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.**
0425/2015
- 14 **Unterbringungsperspektiven für das Stadtarchiv**
0394/2015
- 15 **Änderung des Entgelt-Tarifs der Stadtbücherei, hier: Mahnentgelte DVD**
0361/2015
- 16 **Verfahren bei der Besetzung von Schulleitungsstellen**
0372/2015
- 17 **Sachstand Schulsanierungen**
0438/2015
- 18 **Anträge der Fraktionen**
- 19 **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 19.1 **Anfrage zur Situation schulpflichtiger Flüchtlingskinder in Bergisch Gladbach**
0446/2015

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Neu schlägt folgende Änderung der Tagesordnung vor:

- der TOP Ö10 – Theaterbericht 2014 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH werde vor dem TOP Ö4 behandelt und
- die Anfragen zum Sport, normalerweise unter TOP Ö19 würden bei TOP Ö5 behandelt. Herr Pfenning und Herr Weirich müssten zur Bürgerversammlung in den Bergischen Löwen.
- Der TOP Ö14 – Unterbringungsperspektiven für das Stadtarchiv werde zusammen mit dem TOP Ö8 – Jahresbericht des Stadtarchivs 2014 beraten.

Damit zeigt sich der Ausschuss einvernehmlich einverstanden.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

Das nachfolgend aufgeführte stellvertretende beratende Mitglied des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet:

- Herr Jörg Schmitter, Katholische Kirchengemeinde (§ 85 Abs. 2 SchulG NRW).

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 10.06.2015 - öffentlicher Teil - *0437/2015*

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Neu teilt mit, er sei gefragt worden, ob Flüchtlinge nicht zwischenzeitlich in den noch freien Trakt des Gustav-Lübbe-Hauses, in den die Verwaltung einziehen solle, untergebracht werden könnten.

Herr Martmann erklärt, er werde die Frage unter dem Tagesordnungspunkt Ö5 beantworten.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Martmann begrüßt die Mitglieder des Ausschusses in seiner neuen Funktion und erklärt, er freue sich auf ein konstruktives Miteinander. Herr Martmann macht folgende Mitteilungen:

- Die Internetanbindungen der Schulen würden derzeit auf ihre Leistungsfähigkeit überprüft. Geplant sei eine Verbesserung im Breitbandbereich. Allerdings sei dies nicht an allen Schulen kurzfristig umsetzbar. Begonnen werde im Zuge der Sanierung mit den Otto-Hahn-Schulen.
- Im Gustav-Lübbe-Haus in der Scheidtbachstraße / Senefelderstraße seien in einem Gebäudeteil derzeit 140 Flüchtlinge untergebracht. Der andere Gebäudeteil sei für Büronutzung vorgesehen. Durch die Aufgabe des Bürogebäudes Hauptstr. 192 zum Sommer 2016 würden Teile der Verwaltung aus dem Stadthaus und aus dem Rathaus Bensberg sowie aus Obereschbach in das Gustav-Lübbe-Haus verlagert. Die Baumaßnahme sei geplant und die Aufträge durch den Stadtentwicklungsbetrieb erteilt. Insofern könnten hier keine weiteren Flüchtlinge untergebracht werden. Für die weitere Unterbringung von Flüchtlingen würde in der Nähe des Gustav-Lübbe-Hauses eine andere Liegenschaft angemietet. Damit würden insgesamt ca. 200 Personen dort untergebracht.

Der neue Fachbereichsleiter Herr Rockenberg stellt sich vor und erklärt, er freue sich ebenfalls auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss. Herr Rockenberg berichtet zunächst von den Auswirkungen der Unterbringung der Flüchtlinge auf die Bereiche Sport, Schule und Kultur. Leider zwingt die Situation die Verwaltung, Sporthallen und auch die Bewegungshalle der Volkshochschule für die Unterbringung zu nutzen, da diese Räumlichkeiten sofort nutzbar, beheizbar und mit Sanitäranlagen ausgestattet seien. Die Belegung erfolge sehr kurzfristig. Für die Aufstellung von Wohncontainern / Leichtbauhallen würden auch Sportplätze und Flächen an Schulen sowie deren Sanitäranlagen genutzt. Dies habe natürlich Auswirkungen auf den Schulsport. Alternativen an anderen Örtlichkeiten seien gesucht und größtenteils auch gefunden worden. Aber bei weiteren Hallennutzungen für die Unterbringung von Flüchtlingen werde dies immer schwieriger. Die Auswirkungen auf den Vereinssport seien gravierend. Auch hier seien Alternativen gesucht und in Kooperation mit den betroffenen Vereinen, aber auch mit den anderen Vereinen, bisher überwiegend gefunden worden. Allerdings belaste dies die Vereine erheblich, vor allem die Vereine Ommerborn Sand und Inter96.

Herr Neu erklärt, der Stadtsportverband habe zu diesem Thema eine Sitzung gehabt. Er bittet Herrn Adolphs davon zu berichten.

Herr Adolphs dankt zunächst der Sportverwaltung für die Organisation der Alternativen für die betroffenen Vereine. Der Stadtsportverband sei sehr besorgt. Es gebe Vereine, die in den letzten vier Wochen bis zu 30 % ihrer Mitglieder verloren hätten. Dies sei kaum aufzufangen und bedrohe die Vereine in ihrer Existenz. Ferner seien die Vereine immer wieder gefragt in der Aufgabe der Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer. Diese Aufgabe zu erfüllen werde immer schwieriger bei immer weniger zur Verfügung stehenden Hallen. Der Stadtsportverband möchte gerne wissen, ob es

eine Möglichkeit gebe, die Flüchtlinge in absehbarer Zeit in anderen Liegenschaften unterzubringen, so dass die Sporthallen und Sportplätze wieder für den Sport nutzbar seien. Eine weitere Sorge des Stadtsportverbandes sei der Zustand der Hallen, wenn diese wieder für die Sportnutzung frei würden. Hier stelle sich dann die Frage, wer die Kosten für die Wiederherstellung trage.

Herr Martmann erklärt, die Nutzung der Sporthallen sei aus der Not geboren. Die vorhandenen Kapazitäten seien erschöpft. Durch den hohen Zustrom an unterzubringenden Flüchtlingen (200 - 250 pro Monat) habe man diese unpopulären Maßnahmen ergreifen müssen. Für 2016 seien verschiedene Bauten geplant. Containerdörfer zur Unterbringung würden errichtet. Dies bringe eine gewisse Entlastung. Die Räumung der Sporthallen hänge aber natürlich auch von dem weiteren Zustrom ab. Nach Räumung der Sporthallen müsse geschaut werden, welche Reparaturarbeiten anfielen. Die Böden seien durch Auslegeware geschützt. Es werde davon ausgegangen, dass der Bund die Kosten der Reparaturen übernehme.

Herr Rockenberg teilt weiterhin mit, der Bund fördere über ein Bundesprogramm mit einem Umfang von rund 100 Millionen Euro die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Ende August, Anfang September seien die Kommunen informiert worden, allerdings noch ohne aussagefähige Förderbedingungen. Auf Nachfrage beim Deutschen Städtetag habe man informell erfahren, dass nur größere, gewichtige Projekte gefördert würden. Auch sei der Anteil des Bundes, d.h. die Förderhöhe nicht deutlich. Inhaltlich sollten die Projekte alles abdecken wie Integration, Inklusion, Quartiersentwicklung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und sie sollten in den stadtentwicklungspolitischen Gesamtprozess passen. Am 5. Oktober erfolgte dann der Projektaufruf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit den Förderbedingungen und der Höhe der Bundesanteile. Im Grundsatz übernehme der Bund 45 % der förderfähigen Projektkosten, der Eigenanteil der Kommune betrage 55 %. Bei Kommunen in Haushaltsnotlage betrage die Bundesförderung 90 %; 10 % verblieben bei den Kommunen. Der Bundesanteil der Förderung solle in der Regel zwischen 1 bis 4 Mio. Euro liegen, d.h. durchschnittlich könnten rund 25 Projekte bundesweit gefördert werden. Auf Nachfrage, welche Kommunen denn „Kommunen in Haushaltsnotlage“ seien, wurde mitgeteilt, dass Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept formal als Haushaltsnotlagekommunen gelten. Antragsfrist sei der 13. November 2015. Die Verwaltung habe dann beschlossen, einen Antrag für die Sanierung des Schwimmbades Mohnweg zu stellen. Für dieses Projekt lägen bereits aus früheren Jahren u.a. Baubeschreibungen, Bauskizzen und Begründungen vor. Eine formlose Anzeige des Antrages beim für die Städtebauförderung zuständigen Landesministerium, der bis zum 28. Oktober einzureichen sei, sei bereits erfolgt. Der Rat solle hierzu in seiner Sitzung am 3. November einen Beschluss fassen. Auch müsse der kommunale Eigenanteil dann noch im Haushalt 2016 - 2018 dargestellt werden. Die Frage, ob Bergisch Gladbach einen Zuschlag erhalte, könne nicht seriös beantwortet werden.

Herr Neu ergänzt, die Planungen zur Sanierung des Schwimmbades Mohnweg umfasse natürlich auch die Sporthalle. Pläne gebe es seit 2009. Natürlich erwecke man mit der Bekanntmachung des Vorhabens eine große Erwartungshaltung. Trotzdem möchte man frühzeitig informieren.

Frau Bischoff möchte gerne wissen, wie man die Sanierung eines Schwimmbades als ein sog. „Leuchtturmprojekt“ darstellen wolle.

Herr Rockenberg erklärt, wenn man die Förderkriterien lese, könne kein Projekt diese erfüllen. Hier seien in der Begründung für dieses Sportprojekt die Zusammenhänge von Quartiersentwicklung, Kinder- und Jugendförderung, Wichtigkeit des Schwimmunterrichtes für die Schulen, speziell für die Förderschule usw. entsprechend darzustellen. Ein Versuch sei es wert.

Zuletzt möchte Herr Rockenberg noch auf folgendes hinweisen:

- Das Filmfestival Nahaufnahme mit vielen interessanten Filmen finde vom 16. - 20. November statt. Das Programmheft liege allen vor.

- Der AdK habe seinen 30. Geburtstag mit einer großen Ausstellung in der Volkshochschule gefeiert. Diese interessante und vielfältige Ausstellung könne noch bis zum 31. Oktober besichtigt werden.
- Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport tage in 2016 am
 - 2. März,
 - 28. Juni,
 - 28. September und
 - 30. November.

Herr Neu dankt Herrn Rockenberg für die ausführlichen Darstellungen und bittet um Anfragen für den Bereich Sport.

Herr Kraus hat eine Nachfrage zum Thema Belegung der Sporthallen mit Flüchtlingen. Die Tischtennisabteilung des Vereins Ommerborn Sand, die in der Halle Sand trainiert hätte, hätte als Ersatz Übungszeiten in der Sporthalle Feldstraße bekommen. Nun werde auch diese Halle mit Flüchtlingen belegt. Ein Vorstandsmitglied habe ihm auch mitgeteilt, dass sich schon über 30 Mitglieder abgemeldet hätten. Der Wegfall der Mitgliederbeiträge belaste den Verein zusätzlich. Er möchte gerne wissen, ob es für die Vereine Kompensationszahlungen geben könnte, evtl. im Rahmen der Flüchtlingsfinanzierung. Als sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion möchte er auch anmerken, dass schon erhebliche Sportflächen (Hallen und Plätze) für die Flüchtlingsunterbringung „in Beschlag“ genommen worden seien. Die Notlage könne er verstehen. Allerdings könne dies keine Dauerlösung sein. Sollten noch weitere Hallen für die Unterbringung der Flüchtlinge genutzt werden, würde man den Vereinen die Existenzgrundlage nehmen und auch die Möglichkeit, Integration über Sport stattfinden zu lassen, rauben. Alternativen müssten genutzt werden, um nicht bestehende Strukturen zu zerstören. Z.B. gebe es genügend Freiflächen im ländlichen Raum, die man nutzen könne. Auch müssten Haushaltsansätze für die Kosten der Wiederherstellung der Sporthallen eingerichtet werden. Er gehe nicht davon aus, dass es eine 100%ige Kostendeckung gebe. Zuletzt möchte er der Sportverwaltung für die gute Problemlösung sein Lob aussprechen.

Herr Martmann erwidert, die Nutzung der Sporthallen für die Flüchtlingsunterbringung sei aus der Not geboren und die Entscheidung sei keinem leicht gefallen. Man bemühe sich, schnell alternative Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Allerdings wisse niemand, wie viele Flüchtlinge in der Zukunft noch unterzubringen seien. Daher müsse die Stadt in einer solchen Notsituation über ihre eigenen Liegenschaften verfügen. Zur Frage nach dem Ausgleich der wegfallenden Mitgliedsbeiträge durch Austritte durch die Stadt sei er der Auffassung, dies sei nicht eine Angelegenheit der Stadt. Es sei auch sehr schwer, die Intention der Austritte festzustellen.

Herr Weirich ergänzt, die Tischtennisabteilung von Ommerborn Sand habe nach der Schließung der Turnhalle Sand vom TTV 59 die Möglichkeit erhalten, mit ihnen in der Feldstraße zu trainieren. Nach Schließung der Feldstraße habe man für beide Vereine im gleichen Umfang Ausweichmöglichkeiten im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium geschaffen. Die Vereine könnten dort auch an den Wochenenden ihre Meisterschaftsspiele durchführen. Man habe versucht, für jede Sportart eine Alternative zu finden. Er möchte sich bei den Sportvereinen bedanken, ohne deren Mitarbeit, Solidarität und Kooperationsbereitschaft dies alles nicht möglich gewesen sei.

6. **"Gut leben in Deutschland - was uns wichtig ist"**
0396/2015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. **Jahresbericht Kultur 2014**
0365/2015

Herr Rockenberg teilt mit, der Sachstandsbericht für das Bergische Museum werde nachgereicht. Frau Joist, beauftragt mit der Neukonzeptionierung der Dauerausstellung, arbeite derzeit nach umfangreichen Vorarbeiten an diesem Konzept. Mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) habe ein Gespräch über die Dauer des Projektes stattgefunden. Die Förderung des Landschaftsverbandes ende derzeit nach zwei Jahren, der Projektzeitraum gehe aber über drei Jahre. Der LVR habe unter bestimmten Voraussetzungen seine Bereitschaft auf Verlängerung des Förderzeitraumes signalisiert. Frau Joist werde dem Ausschuss spätestens im Sommer 2016 das neue Konzept vorstellen.

Frau Bischoff möchte gerne den Sachstand zum Prüfauftrag an die Verwaltung bzgl. der Mitnutzung des Ratskellers Bensberg als Archiv/Depot für das Bergische Museum wissen.

Herr Martmann teilt mit, erst wenn der Umzug der städtischen Dienststellen in das Gustav-Lübbecke-Haus vollzogen sei, könne man über die freiwerdenden Räumlichkeiten im Ratskeller verfügen. Er werde diese Angelegenheit im Auge behalten.

Frau Lehnert hat eine Frage zur Tabelle auf Seite 27 (Bericht der Produktgruppe VHS). In dieser Tabelle seien u.a. die durchgeführten Unterrichtsstunden den Teilnehmerzahlen der Jahre 2010 bis 2014 gegenübergestellt. Die Anzahl der Unterrichtsstunden hätten sich von 2010 bis 2014 um ca. 2.000 Stunden erhöht, die Teilnehmerzahlen aber im selben Zeitraum um ca. 2.000 verringert. Sie möchte gerne wissen, wie diese ungünstigere Relation zustande komme.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, die Auslastung bei manchen Kursen sei rückläufig. Kurse / Veranstaltungen, die früher von 40 oder mehr Teilnehmern besucht worden seien, würden nun manchmal nur noch von 6 Teilnehmern besucht. Häufig würden diese Kurse dann abgesagt. Auch im Sprachbereich seien die Teilnehmerzahlen rückläufig. Ferner hätten sich die Bedarfe der Teilnehmer geändert. Es gebe eine verstärkte Nachfrage nach individuellen Kursen mit geringen Teilnehmerzahlen, dies vor allem bei den EDV-Kursen; diese Kurse seien aber finanziell gedeckt. 2012 seien dann auch auf Grund der Baustelle viele, vor allem ältere Teilnehmer weggeblieben. Von diesem Rückgang habe sich die VHS nicht wieder erholt. Auch konnten nicht genügend Neukunden angeworben werden. In den 80er Jahren habe die VHS durchschnittlich 26.000 Teilnehmer gehabt, in den 90er Jahren 20.000 Teilnehmer. Ein Rückgang der Teilnehmerzahlen sei nicht nur in Bergisch Gladbach zu verzeichnen, sondern auch in anderen Städten, wie z.B. Köln.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. **Jahresbericht des Stadtarchivs 2014**
0383/2015

Herr Dr. Eßer möchte noch folgendes ergänzen. Das Stadtarchiv habe in den vergangenen Jahren vier Quellenhefte zur Bergisch Gladbacher Stadtgeschichte (1815 – 1990) veröffentlicht. Diese Quellenhefte würden nun auch als Paket zu einem Sonderpreis angeboten. Dieses Angebot werde gut angenommen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. **Kulturprojektförderung 2014**
0426/2015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. **Theaterbericht 2014 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0422/2015

Der Theaterbericht 2014 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH wird zur Kenntnis genommen.

11. **Jahresbericht Schulmuseum**
0367/2015

Herr Rockenberg teilt grundsätzlich zum Jahresbericht mit, sowohl die Stadt als auch der Förderverein des Schulmuseums seien an einer Fortführung des guten Trägermodells interessiert. Im Vertrag gebe es bei den Kriterien und Förderbedingungen Nachbesserungsbedarf. Im nächsten Ausschuss werde eine Vertragsanpassung vorgelegt.

12. **Jahresbericht 2013 und 2014 Bürgerzentrum Steinbreche**
0263/2015

Frau Scheerer möchte gerne wissen, wie hoch der Zuschuss der Stadt sei.

Herr Rockenberg erklärt, der Betriebskostenzuschuss der Stadt betrage 12.000 € im Jahr. Ferner könne ein Verlustausgleich beantragt werden. Dieser sei aber bisher noch nie in Anspruch genommen worden. Auch größere Instandhaltungsarbeiten am Gebäude würden durch die Stadt getragen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. **Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.**
0425/2015

Herr Dr. Speer teilt mit, der Stadtverband Kultur sei in Sorge bezüglich der Kulturentwicklung und Kulturförderung in der Zukunft. Derzeit werde alles durch das Thema Flüchtlinge überlagert. Der Sportsportverband habe die Sorgen der Sportvereine vorgetragen. Der Stadtverband Kultur hat die Besorgnis, dass durch diese Überlagerung „die Kultur an den Rand gedrückt werden könnte“. Der Stadtverband werde angesichts dieser schwierigen Belastung gespannt die anstehenden Haushaltsberatungen, die Darstellung der Haushaltsbelastungen und die Entwicklung der freiwilligen Leistungen betrachten und die Entwicklung nicht nur der städtisch geförderten Kultur, sondern auch die Unterstützung der freien Kulturszene mit Interesse verfolgen.

Herr Kraus findet, die Sorgen seien berechtigt. Die Hinweise nähmen sie auf. Er möchte noch auf den guten Bericht über das Kunstmuseum in der Sendung „West ART“ aufmerksam machen, der am Dienstag, den 27.11.2015 im WDR gezeigt worden und in der Mediathek noch abzurufen sei.

Herr Rockenberg stimmt Herrn Kraus zu. Es sei ein fairer und ehrlicher Bericht über das Kunstmuseum Villa Zanders gedreht worden. Das breite Aufgabenspektrum des Museum sei gut aufgezeigt worden. Aber auch die geringe personelle Besetzung sei dargestellt worden; ein Beispiel für die Situation vieler Kommunen und Kultureinrichtungen im Land. Über diese personelle Situation werde man im Ausschuss bei den Haushaltsberatungen diskutieren müssen. Es sei eine Entscheidung zu treffen, mit welchem Standard die Stadt das Kunstmuseum weiterführen möchte.

[Hinweis der Verwaltung: Der Beitrag ist abzurufen unter <http://www1.wdr.de/fernsehen/kultur/west-art-magazin/sendungen/villa-zanders-102.html>.]

14. Unterbringungsperspektiven für das Stadtarchiv
0394/2015

Herr Martmann erklärt, der Stadtentwicklungsbetrieb sei Eigentümer des Gustav-Lübbe-Hauses. Ein Teil des Gebäudes sei für die Unterbringung von Flüchtlingen umgebaut worden, der andere Teil solle für die Unterbringung städtischer Dienststellen an die Stadt vermietet werden. Für das Stadtarchiv stünden Räumlichkeiten und im Keller Regalanlagen zur Verfügung. Ferner seien auch Grundstücksflächen vorhanden, die es erlaubten einen Neubau für das Stadtarchiv zu erstellen, um das Stadtarchiv in modernen Räumen zukunftsweisend aufzustellen. Durch den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages und die derzeit günstigen Zinsen lasse sich dies auch wirtschaftlich darstellen. Mit dem Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetriebes habe er dies bereits diskutiert. Er werde vorschlagen, das Projekt in den Wirtschaftsplan 2016 des SEB aufzunehmen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. Änderung des Entgelt-Tarifs der Stadtbücherei, hier: Mahnentgelte DVD
0361/2015

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei drei Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung:

Folgende Änderung des Entgelte-Tarifs (§7 der AGB der Stadtbücherei) wird beschlossen: Das Überziehungsentgelt für DVDs von 1 € pro Tag pro DVD wird reduziert und den Standard-Überziehungsentgelten angeglichen.

16. Verfahren bei der Besetzung von Schulleitungsstellen
0372/2015

Herr Pütz schlägt vor, im Verfahren grundsätzlich nichts zu ändern. Derzeit nähmen drei Mitglieder dieses Ausschusses, Herr Neu, Frau Lehnert und Frau Scheerer sowie der Leiter des Fachbereiches 4 an den Schulkonferenzen mit Stimmrecht teil. Die Änderung des § 61 Schulgesetz biete jetzt die Möglichkeit der Abgabe eines eigenen Besetzungsvorschlages durch den Schulträger wie auch durch die Schulkonferenz. Diese Regelung habe es schon einmal vor vielen Jahren gegeben und teilweise zu bis zu drei verschiedenen widersprüchlichen Besetzungsvorschlägen geführt. Die Verwaltung schlage daher vor, dass der Ausschuss auf die Abgabe eines eigenen Vorschlages für die Besetzung freier Schulleitungsstellen verzichte. Besser sei es, wenn Schulträger und Schulkonferenz sich abstimmen. Die drei Mitglieder des Ausschusses, die bereits Mitglieder der erweiterten

Schulkonferenz seien und die Leitung des FB 4 oder deren Vertretung, nähmen wie bisher, nur ohne Stimmrecht, an den Schulkonferenzen teil und würden dann in der Ausschusssitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Besetzung von Funktionsstellen an Schulen“ über den Besetzungsvorschlag oder die Besetzungsvorschläge berichten.

Frau Glamann-Krüger fragt, ob sie es richtig sehe, dass durch diese Änderung des Schulgesetzes die Schulkonferenz praktisch entmachtet werde und die Mitglieder des Ausschuss kein Stimmrecht mehr hätten.

Herr Pütz bestätigt dies.

Frau Lehnert ergänzt, es gebe sicherlich nicht mehr Demokratie in diesem Verfahren. Aber auch in der Vergangenheit sei das Verfahren wenig demokratisch gewesen. Die Bezirksregierung habe oft nur einen Kandidaten benannt, obwohl mehrere Bewerbungen eingegangen seien. Auch Beschlüsse der erweiterten Schulkonferenz habe diese mehrfach ignoriert.

Herr Neu bestätigt dies. Eigentlich werde nun vollzogen, was früher Usus gewesen sei.

Herr Pütz stimmt dem zu. Die neue Regelung passe sich der Rechtsprechung an. Die bisherige Regelung sei oft Gegenstand von Gerichtsverfahren gewesen.

Herr Klein findet, durch die Formulierung des Beschlusses verzichte man auf etwas. Besser wäre es, wenn der Ausschuss seine Missbilligung zum Ausdruck brächte und sich nicht einfach nur dieser neuen Regelung beuge. Am Gesetz könne der Ausschuss nichts ändern, jedoch müsse er doch diese schleichende Entdemokratisierung nicht noch gutheißen. Die Fraktion DIE LINKE. werde diesem nicht folgen, da sie dies als eine Entdemokratisierung ansähen.

Herr Neu lässt über den Beschluss abstimmen.

Herr Pütz hat im Vorfeld empfohlen, die auf der Sitzung des ABKSS am 24.09.2014 benannten Vertreter des ABKSS an den erweiterten Schulkonferenzen auch weiterhin zu entsenden.

Damit hat sich der Ausschuss einvernehmlich einverstanden gezeigt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. und einer Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport verzichtet in der Regel darauf, einen eigenen Vorschlag für die Besetzung freier Schulleitungsstellen abzugeben.

17. Sachstand Schulsanierungen 0438/2015

Herr Martmann weist auf die vorliegende Vorlage des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) zur Erweiterung des Planungsauftrages zur Gesamtanierung Schulzentrum Saaler Mühle hin. Der AUKIV habe dieser Vorlage mit einer Ausnahme – Verzicht auf die Sanierung der Fassade des eingeschossigen Werktraktes - zugestimmt. Das Gesamtbudget betrage auf Grundlage der Entwurfsplanung, Planungsphase 3 rund 27,5 Mio. Euro. Dieses Budget könne auch haushaltsmäßig bereitgestellt werden. Neue pädagogische Konzepte könnten umgesetzt werden, die Haustechnik werde komplett erneuert, die Fassade werde größtenteils erneuert und zusätzliche Nutzflächen könnten gewonnen werden. Auch die Aula sei dann selbständig nutzbar.

Baubeginn werde im Oktober oder November 2016 sein und die Sanierung in zwei Jahren durchgeführt. Die Schule werde dafür in Container ausgelagert. Ende 2018 könne dann wieder ein normaler Schulbetrieb in den beiden sanierten Schulen stattfinden.

Herr Komenda möchte gerne für die SPD-Fraktion einen Prüfauftrag erteilen. Dies habe er bereits im AUKIV angedeutet. Im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan solle eruiert werden, ob es nicht sinnvoll sei, einige Container für die Komplettauslagerung zu kaufen. Andere Schulen, die einen erheblichen Raumdruck hätten wie die EGS und KGS Bensberg, könnten diese dann nutzen.

Herr Martmann erklärt, diese Option würde auch ohne Auftrag geprüft. Im AUKIV habe man ja schon darüber diskutiert. Der Bedarf müsse gegeben sein, die Container müssten zum Kauf verfügbar sein und das Budget müsse vorhanden sein. Ferner müssten natürlich die Kosten für die Mietzeit und den Kauf verglichen und abgewogen werden. Zur Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums führt er aus, es hätten bereits Abstimmungsgespräche mit der Schulleitung und den Planern stattgefunden. Es sei eine konstruktive Diskussion geführt worden. Der Sanierungsentwurf werde derzeit erstellt. Die Baumaßnahme solle in 2017 beginnen und auch relativ schnell umgesetzt werden. Die Kosten seien bei dieser Sanierung deutlich besser zu fassen, da der Baukörper hier sehr gut gegliedert sei. Die Erhöhung der Sanierungskosten bei den Otto-Hahn-Schulen habe keine Auswirkung auf die Finanzierung dieser Sanierungsmaßnahme. Sobald die Vorentwürfe vorlägen, würden sie dem AUKIV und dem ABKSS vorgelegt.

Herr Klein kritisiert die Kostensteigerung bei der Sanierung der Otto-Hahn-Schulen. Er befürchte eine weitere Kostensteigerung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

18. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Frau Bischoff

Frau Bischoff hat eine Anfrage zum **Raumbedarf der Musikschule** in Schulen. Dies sei in vergangener Zeit bereits Thema gewesen. Da der Fachbereich 4 und der Fachbereich 8 nun dem gleichen Dezernat unterstünden, möchte sie fragen, ob diesbezüglich bereits Gespräche geführt worden seien.

Herr Martmann antwortet, es seien bisher noch keine Gespräche geführt worden.

Anfrage von Herrn Weber

Herr Weber hat eine Anfrage zur **Stadtbücherei**. Gemäß der Benutzungsordnung könnten Kinder bis 14 Jahre Bücher kostenfrei ausleihen. Man habe allerdings mehrfach gehört, dass Kinder Bücher aus dem Bereich Sachbücher nicht kostenfrei ausleihen dürften, da dies nur für Kinderbücher gelte.

Herr Weber äußert sein Unverständnis darüber, dass man wissbegierigen Kindern den Zugang zu Sachbüchern verwehre.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, dass die Stadtbücherei in zunehmendem Maße feststellen müsse, dass die kostenfreien Ausweise für Kinder von Eltern genutzt würden, um sich mit „eigener Literatur einzudecken“. Man bleibe daher streng bei der derzeitigen Benutzungsordnung. Die Kinderbücherei sei kostenfrei zu nutzen, aber nicht der Bestand der Erwachsenenbücherei.

Anfrage von Herrn Klein

Herr Klein hat eine Anfrage zum **Bürgertreff Schildgen**. Man habe für das Bürgerzentrum Steinbreche im Rahmen eines Berichts Zahlen für das abgelaufene Jahr erhalten. Er fragt an, ob man für das Bürgertreff Schildgen ähnlich aufbereitete Zahlen schriftlich erhalten könne.

Herr Rockenberg erklärt, der Fachbereich 4 zahle keinen Betriebskostenzuschuss für den Bürgertreff Schildgen. Im Trägerschaftsvertrag gebe es keine Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresberichtes. Die Verwaltung werde den Träger bitten, einen Jahresbericht zu erstellen.

[Nachrichtlich: Die Verwaltung hat den Träger gebeten, einen Jahresbericht zu erstellen.]

Herr Klein hat noch eine Anfrage zur **Breitbandanbindung** der Fraktionen im Rathaus Bergisch Gladbach. Die Fraktionen FDP, die Linke. und Bündnis90/DIE GRÜNEN hätten seit Wochen keinen Internetzugang. Er wolle wissen, wie man das erklären könne.

Herr Martmann teilt mit, er werde die Frage an die IT-Abteilung weiterleiten.

Anfrage von Herrn Tollih

Herr Tollih hat eine Anfrage zum **Bürgerzentrum Steinbreche**. Er fragt, ob es möglich sei, konkrete und ausführliche Berichtszahlen für die letzten Jahre zu bekommen, um einen Überblick bezüglich der Einnahmenentwicklung zu erhalten. Die derzeit vorliegenden Prozentzahlen könne man nicht gut in Relation setzen.

Herr Neu teilt mit, bis 2012 wäre eine solch ausführliche Aufstellung der Zahlen eingereicht worden. Die Verwaltung werde den Träger bitten, den Jahresbericht zu ergänzen. Die Aufstellung werde dann dem Protokoll beigelegt.

Die Ergänzung wird nachgereicht.

19.1. Anfrage zur Situation schulpflichtiger Flüchtlingskinder in Bergisch Gladbach *0446/2015*

Frau Glamann-Krüger hat noch eine Anfrage zur Einbindung bilingualer Flüchtlinge. Sie habe schon mehrfach mit Syrern Kontakt gehabt, die ein sehr gutes Deutsch sprächen. Sie möchte gerne wissen, ob man diese nicht in Kooperation mit anderen Organisationen in die Hausaufgabenbetreuung einbeziehen könne. Da die Flüchtlinge noch nicht arbeiten dürften, würden sie auf freiwilliger Basis vielleicht gerne den Kindern helfen.

Frau Glamann-Krüger hat noch eine Anfrage zur Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Sozialarbeit. Die Flüchtlingskinder benötigten nicht nur Schulumensilien wie „Malkasten, Stifte und Lineal“, sondern auch eine ähnlich besondere Betreuung wie z.B. Inklusionskinder. Sie möchte

gerne wissen, ob man beim Bund z.B. im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets eine Kostenerstattung für diesen Aufwand beantragen könne.

Herr Cromme teilt mit, Mikibu unterstütze schulpflichtige Grundschulkinder. Flüchtlingskinder außerhalb der Grundschulen zu betreuen, übersteige ihre Möglichkeiten.

Herr Tollih erklärt, die marokkanische Gemeinde Bergisch Gladbach unterstütze die Flüchtlinge beim Übersetzen. Er würde sich darüber freuen, wenn man Flüchtlinge mit guten Deutschkenntnissen in die Hausaufgabenbetreuung und Übersetzungshilfen einbeziehen würde.

Die Beantwortung wird nachgereicht.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil um 18:39 Uhr.